



Wissenschaftliche Politikberatung in Krisenzeiten – eine kritische Bestandaufnahme

Die Covid-19-Pandemie hat die wissenschaftliche Politikberatung ins Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit gestellt. Vor diesem Hintergrund hat der Schweizerische Wissenschaftsrat SWR eine Studie in Auftrag gegeben, die eine kritische Bestandaufnahme des Angebots der bestehenden wissenschaftlichen Beratung in der Bundespolitik erarbeiten soll. Sie berücksichtigt unter anderem ausserparlamentarische Kommissionen, Ressortforschungseinheiten der Bundesverwaltung, Ad-hoc-Expertengremien, private Anbietende von Forschungsleistungen sowie die Covid-19-Science Task Force. Darüber hinaus werden Empfehlungen erarbeitet, damit Politik, Verwaltung und Wissenschaft auf künftige Krisensituationen bestmöglich vorbereitet sind und wissenschaftliche Expertise in Krisen sachgerecht und effizient genutzt werden kann.

Die Studie wird von einer externen Projektgruppe verfasst.

Die Untersuchung nimmt neben der Covid-19-Pandemie (2020–2021) auch die Finanzkrise (2008–2009) sowie die Nuklearkatastrophe von Fukushima (2011) in den Blick. Die Autorin und die Autoren der Studie haben dafür Interviews mit involvierten Akteurinnen geführt. Darunter finden sich Vertreter von Regierung, Verwaltung (Bund und Kantone) und wissenschaftlichen Beratungsgremien.

Eine funktionierende Politikberatung wird durch die folgenden Kriterien charakterisiert:

Input	Die Beratungsgremien zeichnen sich durch Kompetenzen und Unabhängigkeit, Relevanz der berücksichtigten Fachrichtungen und Repräsentativität der Expertenmeinungen aus
Throughput	Der Beratungsprozess hat hohe Qualität: Rollentrennung, Transparenz, Kommunikation, Ergebnisoffenheit
Output	Die Beratung wird genutzt und leistet einen Beitrag zum Erreichen gesellschaftlicher Ziele

Input, Throughput und Output unterscheiden sich dabei je nach Art der Krise. Im Fall der Covid-19-Pandemie bestand die Science Task Force aus angesehenen Forschenden aus verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen. Hier kann man deshalb von einem qualitativ hohen Input in die Politikberatung sprechen. Der Throughput lässt sich hingegen kontrovers beurteilen: Positiv war die relativ grosse Unabhängigkeit der Taskforce. Allerdings sah sich das Beratungsorgan mit dem Vorwurf der politischen Einmischung konfrontiert und die Zusammenarbeit mit der Verwaltung verlief nicht immer reibungslos. Der Output der Politikberatung war ebenfalls ambivalent. Zwar verfügte die Taskforce über eine hohe Medienpräsenz und bot der Öffentlichkeit Orientierung in einer von Unsicherheit geprägten Lage. Es gab andererseits aber von verschiedenen Seiten Vorwürfe des Alarmismus und Teile der Politik distanzieren sich von der Taskforce, was nachteilig für deren Wirkung war.

Zwischenfazit

Die Autorin und die Autoren der Studie kommen zum vorläufigen Ergebnis, dass verschiedene Krisensituationen unterschiedliche Systeme der Politikberatung benötigen. Die Art wie gegenüber der Öffentlichkeit kommuniziert werden sollte, variiert ebenfalls stark: So war während der Finanzkrise (2008–2009) eine Verhaltensänderung der Bevölkerung nicht erwünscht, bei der Bewältigung der Covid-19 Pandemie hingegen schon.

Ad-hoc-Gremien, die erst unmittelbar vor oder während einer Krise eingesetzt werden, haben Nachteile im Hinblick auf den Beratungsprozess und die Umsetzung der vorgeschlagenen Massnahmen. Permanente Gremien wiederum haben keine klar definierte Rolle für Krisen.

Dokumentation

Die Untersuchung wird im Juni 2022 dem SWR zur Verabschiedung vorgelegt. Der Rat wird auf Grundlage der Untersuchungsergebnisse Empfehlungen formulieren. Eine Veröffentlichung des Schlussberichts ist für den Herbst 2022 vorgesehen.

Weitere Informationen:

Website Schweizerischer Wissenschaftsrat SWR:

<https://wissenschaftsrat.ch>



Jahresbericht 2021 Schweizerischer Wissenschaftsrat SWR:

<https://jahresbericht.wissenschaftsrat.ch>

